

Interpellation Nr. 66 (Juni 2025)

25.5267.01

betreffend einen Freipass der Basler Regierung für den Art Basel Ableger in Katar?

Spätestens seit der Fussball-Weltmeisterschaft 2022 ist bekannt, dass die Menschenrechtslage in Katar katastrophal ist. Katar ist kein demokratischer Staat. Die Meinungsäusserungsfreiheit sowie die Kritik an der Regierung wird unterdrückt und Medien und soziale Netzwerke werden massiv überwacht. Das Rechtssystem basiert weitgehend auf der Scharia. Homosexualität wird mit mehrjährigen Haftstrafen bestraft und kann sogar mit der Todesstrafe geahndet werden. Queere Menschen leben in ständiger Gefahr von Verhaftung, Diskriminierung und Misshandlung. Die Rechte der Frauen sind begrenzt und es bestehen weiterhin diskriminierende Bestimmungen und eine konservative Gesellschaft, welche die Frauen in ihrer Freiheit einschränken.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch dokumentieren die systematische grauenhafte Ausbeutung der zahlreichen Niedriglohn-Arbeiter:innen in Katar. Neben moderner Sklaverei und Zwangsarbeit mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit und überlangen Arbeitszeiten bei extremen Temperaturen, bestehen zusätzlich massive Lohnrückstände. Die Fussball-Weltmeisterschaft 2022 wurde von tausenden Todesfällen auf den Baustellen überschattet.

Der kürzlich bekannt gegebene Art Basel Ableger «Art Basel Qatar» dient wie bereits die Art Hongkong dem «Kunst-Washing», also der Legitimation eines autoritären Regimes. Dies ist nicht zu verantworten und in fundamentalem Widerspruch zu den verfassungsmässigen Grundsätzen unseres Kantons, an die sich auch unsere Regierung halten muss: Achtung der Menschenrechte, Wahrung der Menschenwürde, Gleichstellung, Schutz des Lebens, gesellschaftlichen Teilhabe aller, Klimagerechtigkeit etc.

Die Presse in Basel spricht Klartext. Der «Follow the money»-Expansions-Kurs der MCH Group wird kritisch in Frage gestellt bis deutlich abgelehnt. «Die Messe geht über Leichen», wie es Patrick Marcolli, Chefredaktor der bz Basel, treffend in seinem Kommentar zusammenfasst. Und die Basler Regierung scheint diesen Weg zu unterstützen. Für Regierungsrat Kaspar Sutter ist es die alleinige Entscheidung der MCH Group, da die Regierung nicht Stopp sagen könne, selbst wenn sie wollte, erklärte er am 21. Mai im SRF Regionaljournal.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Würde die Basler Regierung Stopp sagen und die Art Basel Qatar verhindern, wenn sie dazu in der Lage wäre?
2. Wie kann es der Regierungsrat verantworten, mit 37.5 Prozent an einem globalen Unternehmen beteiligt zu sein, ohne relevanten Einfluss auf dessen Tätigkeit zu haben?
3. Wo zieht der Regierungsrat die Grenze des Verantwortbaren?
4. Unter welchen Voraussetzungen würde der Regierungsrat es in Erwägung ziehen, deswegen seine Anteile der MCH Group abzustossen?
5. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um einen möglichen Reputationsschaden für die Stadt Basel abzuwenden und wer steht dabei finanziell in der Pflicht?
6. Ist dem Regierungsrat das Festhalten am ohnehin unsicheren Messe-Standort Basel wert, ein autoritäres Regime zu unterstützen, das Menschenrechte mit Füßen tritt?

Oliver Bolliger